

# FAIRständigkeit gesucht

UNGARISCHE LUTHERANER UND REFORMIERTE  
WERBEN BEI ALLER KRITIK AN DER POLITIK  
AUCH UM VERSTÄNDNIS FÜR IHR LAND

von Enno Haaks

„Ich versichere Ihnen, dass Ungarn und die ungarische Regierung die europäischen Normen und den Grundlagenvertrag der Europäischen Union vollständig respektieren. Das ungarische Parlament hat nichts unternommen, was in irgendeiner Weise gegen die europäischen Werte verstößt“, schrieb der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán am 13. März 2013 in einer schnellen Reaktion an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Zwei Tage vorher hatte das Parlament in Ungarn die erst am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Verfassung zum vierten Mal geändert.

Diese schnellen Änderungen werden auch in Ungarn kritisch gesehen. Balász Udor, Ökumenereferent der Reformierten Kirche in Ungarn, hat Verständnis für die mahnenden Stimmen in Kirche und Gesellschaft: „Die Verfassung ist der wichtigste Grund und höchster Schatz eines demokratischen Landes. Die Änderungen müssen daher sehr umsichtig erfolgen. Dies beachtet unsere Regierung zu wenig. Sie will politische und inhaltliche Ziele schnell und effektiv umsetzen. Da soll man sich nicht wundern, wenn man kritisiert wird.“

Die Partnerkirchen des GAW in Ungarn setzen sich insbesondere mit Änderungen auseinander, die kirchliche Arbeitsbereiche berühren: Sie kritisierten ihrerseits die Einschränkungen der Rechte des Verfassungsgerichtes, die neuen Modalitäten der Registrierung von Kirchen und die Einschränkung der Obdachlosigkeit.

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Ungarn hat sich insbesondere mit der Verfassungsänderung bezüglich der Kirchenanerkennung beschäftigt und sich an die Regierung gewendet. Klára Tarr Cselovszky ist Auslandsreferentin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn und Vizepräsidentin der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE). Zugleich ist sie stellvertretendes Mitglied der operativen Kommission des Ökumenischen Rats in Ungarn und teilt dessen Kritik an dem Vorgehen der Regierung: „Es ist besorgniserregend, wenn die Legitimation einer Kirche von der Entscheidung des Parlaments abhängt. Die Trennung von Staat und Kirche muss ein grundlegendes und zu schützendes Prinzip bleiben. Das Parlament muss ein politisches Entscheidungsgremium bleiben und darf sich in diese Fragen nicht einmischen. Sonst können politische Aspekte und Interessen leicht die Legitimität einer Kirche beeinflussen.“ Sie verweist auf die Stellungnahme des Ökumenischen Rates in Ungarn: „Wir haben vorgeschlagen, dass die Entscheidungen über die Anerkennung der Kirchen dem Gerichtshof der Hauptstadt übertragen werden. Dadurch würde eine größere Transparenz geschaffen und der Eindruck vermieden, die Politik hätte das Recht, unmittelbar Einfluss auszuüben.“



Mit 1,15 Millionen Mitgliedern ist die evangelisch-reformierte Kirche die zweitgrößte im Land. Sie versteht sich als eine Kirche im Umbruch – entsprechend stand es auch auf den T-Shirts der Standbetreuer zu lesen. · Fotos: Lester

Die Diakonie der reformierten wie der lutherischen Kirche warnten auch vor einer weiteren Änderung, die insbesondere die Obdachlosigkeit, aber auch die Armut zu kriminalisieren droht. Die Regierung erklärte daraufhin, dass die Änderung nur bedeute, dass es kein Grundrecht gäbe, auf der Straße zu leben.

Die Zweidrittelmehrheit, über die die Regierungspartei Fidesz verfügt, führt zu überhasteten Entscheidungen, die nicht unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte gefällt werden. Die Partei Viktor Orbáns hat sich unter Druck gesetzt, ihre Mehrheit zu nutzen, um eine große Reform der Gesellschaft durchzuführen. Dabei geht vieles zu schnell, warnt Gusztáv Bölskei, Bischof der Reformierten Kirche in Ungarn. Er sieht die Parlamentsmehrheit von Fidesz als Protest gegen eine verfehlte Politik der Vorgängerregierung, die einen hohen Schuldenberg hinterlassen hatte. Deshalb hätten viele Ungarn bei den Parlamentswahlen 2010 ihre Stimme nicht mehr den Sozialisten geben wollen.

Zugleich verletzt ihn aber die Berichterstattung über die ungarische Politik im Ausland: „Ich lese die merkwürdigen Berichte über Ungarn – insbesondere in Deutschland. Ich stehe unserer Regierung kritisch gegenüber, aber diese Berichte sind zu einseitig und oft unwissend. Das politische System bei uns folgt oft in einem Freund-Feind-Muster. Das ist das Erbe der 40-jährigen Diktatur. Wir üben in Ungarn erst seit 20 Jahren Demokratie.“ Bölskei kann es nicht akzeptieren, dass Ungarn als undemokratisches Land dargestellt wird: „Es ist Unsinn, Orban mit dem weißrussischen Diktator gleichzusetzen, wie es vereinzelt getan worden ist. Denn alle Ungarn können frei gegen diese Änderung demonstrieren!“ Ungarn hätte zzt. eine „übergelenkte“ Demokratie. „Unser Ministerpräsident will alles im Griff haben und kontrollieren. Aber die demokratischen Institutionen funktionieren. Und wir üben Kritik, wie z. B. beim Kirchengesetz.“

Unter dem Titel FAIRständigkeit bot die reformierte Kirche während des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Hamburg eine Plattform für Gespräche über Ungarn, zur Kirche und Politik. Unermüdet beantwortete Bischof Bölskei am Stand der ungarischen reformierten Kirche kritische Fragen der Kirchentagsbesucher. Und warb zugleich um Verständnis. Die Hintergründe der einzelnen politischen Entscheidungen müsse man sich differenziert anschauen. Ungarn sei eine tief gespaltene Gesellschaft. Es gäbe zwei Lager, die sich mit abgrundtiefem Hass gegenüberstehen. Das sei schwer zu überwinden. „Viele Hände müssten ausgestreckt werden“, sagte Bölskei. „Die Kirche versucht hier ihr Möglichstes.“

Er sieht seine Kirche insbesondere gefordert, Verantwortung in der ungarischen Gesellschaft zu übernehmen, Brücken zu bauen und Räume für einen echten Dialog zu schaffen. Konstruktive Kritik an der Regierungspolitik gehört dazu.

Der Dialog war nicht leicht. Oft genug wurde der Bischof auch verbal angegriffen. Insgesamt erlebte man aber ein Ringen um die Erklärung der politischen und gesellschaftlichen Situation in Ungarn. Die Ambivalenz, in der sich auch die beiden ungarischen Partnerkirchen befinden, wurde deutlich. Dass die Kritik von der Kirche an der Regierungspolitik Ungarns keine Worthülsen sind, hat Bischof Gusztáv Bölskei in diesem Frühjahr eindrücklich bewiesen. Er setzte seine Beteiligung an den Verhandlungen über das neue Kirchengesetz bis auf Weiteres aus und warf der Regierung die Ungleichbehandlung der religiösen Gemeinschaften durch das Gesetz vor.

Die ungarische Regierung arbeitet jedoch weiterhin an neuen Gesetzen, die dafür geeignet sind, national und international Proteste hervorzurufen. Ein im Juni publik gewordener Gesetzesentwurf soll den Gerichten die Möglichkeit einräumen, volljährige Personen, denen zur Ausübung des Wahlrechts die notwendige

Einsichtsfähigkeit in politische Prozesse fehlt, vom Wahlrecht auszuschließen.

Aus westeuropäischer Sicht ist im Blick auf Ungarn vieles nicht einfach zu verstehen. Bisweilen wirkt auch der ungarische Nationalstolz befremdlich. Letztlich gilt es für uns in Kirchen und Partnerwerken, unsere reformierten und lutherischen Partnerkirchen auf ihrem Weg im gesellschaftlichen Umfeld zu stärken, damit sie eine unabhängige Stimme bleiben, fair miteinander umgehen und wissen, dass sie auch in Deutschland Partner haben, die sie in kritischer Solidarität begleiten.



Der leitende Bischof der Reformierten Kirche in Ungarn, Gusztáv Bölskei, stellte sich geduldig den nicht immer freundlichen Anfragen des Publikums.



Zum ersten Mal präsentierte sich in Hamburg die Reformierte Kirche in Ungarn mit einem eigenen Stand auf einem Deutschen Evangelischen Kirchentag. Kontroverser Meinungsaustausch über die Politik der ungarischen Regierung war schon per Veranstaltungsprogramm eingeplant, z. B. in Form von täglichen Diskussionsstunden mit Bischof Gusztáv Bölskei.